

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Wir übernehmen keine Verantwortung für die Redaktion.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Durchführung des Räumungsplans in Oberschlesien.

Die interalliierte Kommission billigt den Räumungsplan.

(Telegramm unseres Korrespondenten)
D Breslau, 24. Juni.
Aus Appeln ergeht die Nachricht, dass der von dem General Hofer und Bennackert ausgearbeitete Plan eines künftigen Räumungsplans Oberschlesiens durch die alliierten Kommissionen angenommen ist. Der Abschluss der Verhandlungen wird angesehener, weil der Räumungsplan, den die interalliierte Kommission nunmehr mit Romantyn verhandelt, ein Überwinden des deutschen Selbsthutes gegen seine Zurücknahme nicht zu erwarten.

lange Recht und Gesetz wiederhergestellt und die Rechtsbrecher vielfachstes und gnadenlos bestraft werden.

Immer noch Insurgententerror.

Ausführungen gegen deutsche Postbeamte und Arbeiter.
Breslau, 24. Juni. (M. T. B.)
Nachdem seit drei Tagen der Postverkehr mittels Günterzeuges wieder behelfsmäßig aufgenommen worden ist, waren bereits am dritten Tage dieser provisorischen Postwiederannahme die deutschen Postbeamten schweren tätlichen Übergriffen der Polen ausgesetzt. Die Insurgenten, die auf dem Beuthe- rers Posthof des Regiments verhaften, den deutschen Postbeamten die deutschen Briefe von den Polen abzurufen. Die Beamten leisteten Widerstand. Der Vermittlung des Postdirektors gelang es, den Vorfall beizulegen.
Wie aus Laurahütte gemeldet wird, sind die Auffassungen in den Kreisen der Mitglieder der deutschen Gewerkschaften gekommen und haben in diesen Tagen etwa 20 Angehörige dieser Gewerkschaften verhaftet und verschleppt. Auch Misshandlungen sind dabei vorgekommen.

Polen, 24. Juni. (M. T. B.)
Die Deutschen in Polen nehmen ihren Fortgang; teilweise nimmt sie auf militärischen Charakter an. Deutsche in Aufhebungsarbeiten werden von der Bevölkerung in Gegenwart der Polizei gezwungen, Erklärungen abzugeben, daß sie sofort abreisen und Gut auswandern wollen. Besonders ernst waren die Ausschreitungen in Eisenau und Meseritz.
Aus Fürst wurden weiteren Ausschreitungen haben zahlreiche wohlhabende deutsche Familien von Bromberg fluchtartig in der Richtung auf Danzig verlassen.

Beginnende Einigkeit in Paris?

Oberschlesien und das Kabinett.

Paris, 23. Juni. (M. T. B.)
Die letzten Nachrichten aus Oberschlesien haben am Dinstag den letzten Besichtigung hervorgerufen. Die französische Regierung, die bemüht ist, die Ansprüche Polens gegenüber durch die durchgehende, gerät den eigenen Verbindlichkeiten gegenüber durch die intransigente Haltung der Insurgenten in eine peinliche Verlegenheit. Außerdem gewinnt die Erkenntnis Raum, daß eine Benachteiligung Deutschlands bei der Aufstellung Oberschlesiens die Stellung des Kabinetts Wirth erschüttern und jeder Versuch, den Boden einzulegen, nur zu dem Verlust der französischen Finanzmissionen, dem Schwand, den der Verlust Oberschlesiens für Deutschlands Finanzwirtschaft verursachen würde, ziffermäßig feststellen. Man hat berechnet, daß der Verlust des Industriegebietes Ostschlesien ein halbes Milliarden Goldmark jährlich weniger zahlungsfähig machen würde. Allein die Einnahmen aus der Kohlensteuer werden auf 1/2 bis 2 Milliarden Papiermark geschätzt, und die aus den übrigen industriellen Betrieben Oberschlesiens eingehenden Steuererlöse auf 5 bis 6 Milliarden Papiermark, so daß durch den Verlust des ober-schlesischen Industriegebietes die von Deutschland übernommene Zahlung der Annuitäten beeinträchtigt werden könnte.

London, 24. Juni. (M. T. B.)
Zu der gestrigen Unterhandlung erklärte Chamberlain: Falls der Vorschlag über Oberschlesien, auf den Briand und Curzon sich einigen, nicht die erhofften Ergebnisse zeitigen sollte, werden die Alliierten bereit sein, die ganze Frage einer Sachverständigenkommission zu übertragen, die in London oder Paris sitzen, um zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen. Der parlamentarische Leiter des Unterhandlungsausschusses, es sei beschlossen worden, daß sich der Vorschlag im Laufe des Juli verhandeln solle, um alle noch schwachen Fragen von Paris in freundschaftlichem Geiste gehalten werden seien. Frankreich und England wollten in enger Zusammenarbeit handeln, sowohl was Kleinforderungen als was Oberschlesien betrafte.
„United States“ meldet: Hinsichtlich der nächsten Konferenz des Oberen Rates, die auf den 15. Juli angelegt ist, glaubt man, daß England die einseitige Regelung der im März gegen Deutschland angewandten Sanktionen verlangen wird, und zwar so, daß die Zollgrenze bei dem rechten Rheinufer in dem Maße zurückverlegt werde, wie Deutschland seinen Verpflichtungen gemäß dem Londoner Abkommen vom Mai dieses Jahres nachkomme. Wilsons werden Bahrort, Duisburg und Düsseldorf geräumt werden.
Zu einer in Manchester gehaltenen Rede erklärte der Lordkanzler mit Bezug auf die Angelegenheit der Erneuerung des deutschen Handels, niemals könne die Wohlthat, die vor dem Kriege bestand, erreicht werden, wieder eine Rolle zu übernehmen, die sie zu einem tätigen Teilhaber am Wiederaufbau der Welt mache. (Beifall.) Jetzt, nachdem die schuldigen Nationen bestraft worden seien, sei es an der Zeit, ohne Rücksicht den Handel wieder aufzunehmen. Man könne nicht eine große Nation zulassen, eine ungeheure Entschädigung zu zahlen, wenn dieser Nation die Wohlthat und die Mittel vorenthalten würden, um die Industrie fortzuführen, die sie allein in den Stand setze, die Entschädigung zu bezahlen. Was die Zahlungsmittel der Entschädigung anbetrafte, so wolle niemand das Papiergeld der Schuldnerationen erhalten.

Zu der bedächtigsten Bildung eines republikanischen Selbsthutes in Breslau erfahren wir, daß der Reichspräsident eine Verordnung erlassen wird, die eine sofortige Auflösung aller bestehenden Selbsthutsverbände befiehlt. Damit ist auch die Frage einer republikanischen Organisation erledigt.

Die Großmächte und die Petroleumvorkommen der Welt.

Der internationale Wettbewerb um die holländischen Ölquellen. — Eine Denkschrift der niederländischen Regierung.

Von unserem Korrespondenten
Paul Schoffer.

Haag, Ende Juni.
Der holländische Kolonialminister hat an die Erste Kammer, die demnächst zur Behandlung der Vorlage über die Petroleumkonzessionen von Djambi auf Sumatra zusammentritt, die in solchen Fällen übliche Denkschrift über die Regierungsvorlage gerichtet. Es wird nochmals betont, daß die holländische Regierung eine Politik der offenen Tür befolge, aber zugleich auch, daß die holländische Regierung in solchen Fällen die übliche Denkschrift über die Regierungsvorlage gerichtet. Es wird nochmals betont, daß die holländische Regierung eine Politik der offenen Tür befolge, aber zugleich auch, daß die holländische Regierung in solchen Fällen die übliche Denkschrift über die Regierungsvorlage gerichtet.

Der holländische Kolonialminister hat an die Erste Kammer, die demnächst zur Behandlung der Vorlage über die Petroleumkonzessionen von Djambi auf Sumatra zusammentritt, die in solchen Fällen übliche Denkschrift über die Regierungsvorlage gerichtet. Es wird nochmals betont, daß die holländische Regierung eine Politik der offenen Tür befolge, aber zugleich auch, daß die holländische Regierung in solchen Fällen die übliche Denkschrift über die Regierungsvorlage gerichtet.

Zum Schluß erklärte sich der Kolonialminister bereit, dem Außenminister mit dem er sich übrigens in dauernder Fühlung befindet, zu ersuchen, eine für die ganze Welt verbindliche Regelung der internationalen Probleme der Petroleumerschließung durch den Völkerverbund anzustreben. Das Ergebnis ist allerdings zweifelhaft, weil Amerika kein Mitglied des Völkerverbundes ist.
Die „Anfrage“ des japanischen Gesandten, die selbstverständlich die Annäherung eines Antrages in sich schließt, stellt den natürlichen Gegenzug gegen das Vorgehen Amerikas in der Djambi-Angelegenheit dar und zeigt das Spiel der Kräfte, die sich um die Djambi-Frage drehen. In ihrer Mitteilung an die erste Kammer ist die holländische Regierung in der Darstellung ihrer Beweggründe weiter auf internationalen Gebiet gegangen als bis. Allgemeinlich will sie mit dem Hinweis, daß es Amerika auf die Sicherung eines Anteils an der Produktion selbst ankomme, die erste Kammer darauf aufmerksam machen, daß es sich hier um Möglichkeiten handle, die im Kriegsfalle für die internationale Lage Hollands von größter Bedeutung werden könnten.

Bei einem Ausbruch von Feindseligkeiten im Pacific wird Niederländisch-Indien für die in Betracht kommenden Zeiten wegen der dortigen reichen Petroleumvorkommen eine Anziehungskraft haben, die der Neutralität Hollands höchst gefährlich werden kann. Diese Beforgnis, deren Bekämpfung in der holländischen Öffentlichkeit selten ist, spielen ohne Zweifel eine maßgebende Rolle in der ostasiatischen Politik Hollands. Dem vom Kolonialminister gestellten Plan, den Völkerverbund für eine Gesamtregelung der Petroleumfrage in der ganzen Welt in Anspruch zu nehmen, steht die schon mehrere Male wiederholte offizielle Ankündigung der Harding-Regierung gegenüber, daß eine von Amerika veranstaltete Weltkonferenz die internationale Verpflichtungen ergäßen solle. Auch diese Tatsache, auf welche die Denkschrift keinen Bezug nimmt, zeigt die außerordentlich schwierige Lage Hollands. Der Vorschlag wäre zugleich eine Souveränierung der amerikanischen Pläne, es sei denn, daß Amerika in der nächsten Zeit einen Übergang zum Völkerverbund findet. Das ist aber durchaus unwahrscheinlich. Es wird Holland schon wegen seiner Haltung in der Djambi-Frage selbst vorgezogen, daß es auf der englischen Seite gehe. Da die „Bataafsche“ tatsächlich in den englisch-holländischen Konferenzen der Royal Dutch Stellung, die als vorzugweise einflussreiches Unternehmen gilt, so würde eine Annullierung des Völkerverbundes Holland weiter als Vorteilgänger einer bestimmten Machtgruppe zeigen. Alle Erwägungen, die man anschließend an die Djambi-Frage anstellt, führen notwendigerweise in die große Politik. Man versteht das Bedürfnis Hollands, eben aus diesem Grunde die Djambi-Frage als eine Angelegenheit der Weltkonferenz zu betrachten. Denn hat Holland ein berechtigtes Interesse an der Djambi-Frage, so ist es nicht weniger mächtig geistigt, aber es hängt ganz von den interessierten Großmächten ab, wie weit Holland mit seiner jetzigen Haltung durchkommt. Irgendwas macht es den Eindruck, daß der japanische Gesandte seine „Anfrage“ gelegentlich der Anwesenheit des japanischen Kronprinzen in Holland gestellt hat.

Das Martyrium der deutschen Beamten

Ein Protest an die Interalliierte Kommission.

Katowitz, 23. Juni. (M. T. B.)
Der Bund der ober-schlesischen Beamten hat die interalliierte Kommission folgende Eingabe gerichtet:
Die im Punkte der ober-schlesischen Beamtenhaft organisierte Beamtenhaft hat sich am 1. Tage der Verwaltungsbehörde Oberschlesiens, am 1. Februar 1920, in den Dienst der interalliierten Kommission gestellt und arbeitet bereits wieder nach deren Anweisung in lokaler und freier Pflichten-Erfüllung, wobei die Wahrung des Geheims, der Freiheit und Gerechtigkeit in der feierlichen Bekanntmachung vom 1. Februar 1920 verpfligt. Seit dem 3. Mai befindet sich die ober-schlesische Beamtenhaft des Auftragsgebietes in einer unbeschreiblichen Lage. Die Beamten der unter den unmittelbaren Aufsicht der interalliierten Kommission stehenden Sanitätsgerichte und aus ihren Dienorten vertrieben, viele sind verhaftet, verschleppt, misshandelt oder ermordet worden. Die Beamten der ebenfalls unmittelbar der interalliierten Kommission unterstellten Spezialpolizei stehen gleichzeitig unter dem Kommando der polnischen Gendarmerie und der interalliierten Kommission, 3. B. in der Gemeinde Taurachütz und Koppitz bei dem Landkreise Katowitz. Die Beamten müssen, weil sie nicht vertrieben oder gefoltert sind, nachdem sie polnische Truppengeleit haben unterschreiben müssen, ihre Dienste unter der Gewalt des polnischen Flaggenmandanten und der sogenannten Feldgendarmerie der Insurgenten versehen. Die Beamten der Eisenbahn werden durch schwere Peinigungen und Waffengewalt gezwungen, im Eisenbahnbetrieb der Ruhrführer Dienste zu leisten, dabei sind für den Transport von Munition, Waffen und Munitionsmaterialien zu sein, als den Ruhrführern zu unterwerfen. Viele Beamten wurden vertrieben und misshandelt oder werden für abgesetzt erklärt, wenn sie sich nicht den Weisungen fügen, die polnische Verbände unter Heberführung der ihnen von der interalliierten Kommission übertragenen Befugnisse erfüllen. Verhörungen über die Schandthaten des Lebens und der Arbeit haben sich bei früheren Aufständen vielfach als letzte Strafen erwiesen.
Den Beamten des Gerichts, der Post, der Finanzen und der verschiedenen Staatsverwaltungen ist die Ausübung ihrer Amtsbefugnisse fast gänzlich unmöglich gemacht. Die kommunalen Behörden sind zum großen Teil einer von den Insurgenten geschaffenen „obersten Zivilverwaltung“ unterstellt. Sie müssen Unterlagen für die Rekursionskammern und die verschiedenen oder Stammrollen aufstellen und werden dadurch zu „unbeschränkter Herrschaft“ gezwungen. Jetzt sollen sie bei einer Steuerberechnung in Interesse der Insurgenten mitwirken. Wilde Krawallschliffe legen sich auf die Ziele der rechtsfähigen. Die Kreisbehörden müssen sich unter Übergehung der ihnen von der interalliierten Kommission übertragenen Befugnisse die Amtstätigkeit der Verbände an, erlassen eigenmächtig Verfügungen und Anweisungen an die Landgemeinden und Gutsbesitzer. Die Postbeamten sind gezwungen, unter Druck geistlicher Bestimmungen zu arbeiten. Eine Reihe von Postbeamten ist verschleppt und unter grausamen Peinigungen gefangen.
Die sämtlichen Beamten sind durch Anbräuhungen idiosyncratischer Maßnahmen gezwungen, sich einer von den Insurgenten eingerichteten Zwangsverwaltung zu unterstellen. Die Beamten, die unter diesen Verhältnissen ihr Amt noch ausüben, tun dies mit Ausnahme einiger Abtrünniger nicht freiwillig, aus Gleichgültigkeit, sondern gezwungen durch den unersöhnlichen Terror der bewaffneten, vor keiner Grausamkeit zurückweichenden Insurgenten. Ingehört ist ihr Leben in Gefahr.
Während als Sklave des Gewalts, jeder Handlungsfreiheit und des Rechts der freien Meinungsäußerung beraubt, ist sie durch die Schmach, von der Gnade und Willfür gewalttätiger Herren abhängig zu sein.

Wahr als sechs Wochen warten wir vergeblich auf Hilfe und Erleichterung, Erleichterung aus den Abgründen tiefster Hoffnungslosigkeit. Mit erkrankter Ruhe, Bangmut und Selbstüberforderung sind die Beamtenpflichten Oberschlesiens alle Drangsal und Wütereien der Insurgenten zu tragen. Sie steht am Ende ihrer Kraft und hat nicht das Recht, mit der gesamten friedlichen Bevölkerung des ober-schlesischen Landes von der interalliierten Kommission zu werden, daß nunmehr endlich in der Erfüllung der in der Bekanntmachung vom 11. Februar 1920 in feierlicher Form gemachten Zu-

